

Leben im Betrieb. Für eine solche Kontaktnahme genügt eine Betriebsbesichtigung oder ein einwöchiger Industriekurs nicht; denn in einem solchen Kurs will man den Seelsorgern ein möglichst weites Spektrum des Betriebes zeigen, was das alltägliche Bild der Arbeit in einem verschönerten Lichte zeigt — und damit verfälscht. Die Eintönigkeit des Alltages und die Härte der Arbeit kommen dabei nicht zum Ausdruck.

Wie der Einsatz eines Pfarreiseelsorgers in einer Fabrik geschehen kann, muß gründlich durchberaten werden. Für diese Zeit muß die Arbeit in der Pfarrei gleichwohl geleistet werden. Es müssen Aushilfen organisiert werden, was beim heutigen Mangel an Priestern nicht leicht zu bewerkstelligen ist.

... damit die Verkündigung der Botschaft Christi wirklichkeitsbezogener und glaubhafter wird.

Ich werde oft gefragt: „Hat sich dein Einsatz in einer Fabrik gelohnt, ist deine Tätigkeit den Arbeitern gegenüber jetzt eine andere, kommen jetzt mehr Leute in die Versammlungen und Zusammenkünfte?“

Soziale Aufgaben

Da ich nur noch kurze Zeit in der früheren Pfarrei blieb, änderte sich dort nichts und von der neuen Pfarrei kann ich noch nichts sagen, da ich vorläufig immer noch mit Hausbesuchen beschäftigt bin. Ich lege auf zwei Punkte besonderes Gewicht. Ich versuche den Arbeitern soziale Aufgaben zu geben, ähnlich wie das früher in Vinzenzkonferenzen für Akademiker geschah. Hier findet der Arbeiter einen Ausgleich zu seinem alltäglichen Wirken und Schaffen mit der toten Materie. Monatliche Betreuung und Kontaktnahme mit Einzelgängern, Kontaktlosen, benachteiligten Familien ist auch für einen Arbeiter möglich. Der Arbeiter darf aber nicht überfordert werden.

Familie als Zentrum der Pfarrei

Als zweites versuche ich die Familie wieder mehr ins Zentrum der Pfarrei zu stellen. Bei solchen Familientreffen, wozu die

ganze Pfarrei eingeladen wird, leisten die Arbeiter weitaus die größten Dienste. Gerade hier spürt der Arbeiter, daß seine eigene Familie und die Familien seiner Kollegen der erste Ort seiner sozialen Betätigung sind. Er will aber nicht über die Familie theoretisieren — er will für die Familien etwas tun, gestalten, Impulse geben; hier wird er kreativ. Durch solches Tun werden Brücken geschlagen zu allen Schichten und Gruppierungen innerhalb einer Pfarrei.

Mehr Verständnis für die Arbeiter

Noch einen letzten Hinweis will ich anfügen: Seit meinem Aufenthalt in der Fabrik verstehe ich den Arbeiter besser. Ich begreife, daß es ihn Mühe kostet, am Abend zu einem Vortrag zu gehen; daß er gerne seine Ruhe haben will. Ich weiß, daß jede Versammlung von Arbeitern immer eine Note kameradschaftlichen Kontaktes aufweisen muß. Nach meinem Fabrikeinsatz sprach ich auch konkreter und lebensnaher in den Predigten. Es gelang mir besser als früher, den Kontakt mit dem Leben zu finden. Daß die Verkündigung der Botschaft Christi lebensnaher und daher glaubhafter wird, wird immer eines der wichtigsten Ziele der pfarreilichen Seelsorgsarbeit sein müssen.

Konrad Pölzl

Ausländische Arbeiter — Minderheit innerhalb der Arbeiterschaft und innerhalb der Ortskirche

Als ein Beispiel für die vielen Spezialprobleme, die sich im Rahmen einer Arbeiterpastoral stellen, wird im folgenden überblicksartig die menschliche, gesellschaftliche und religiöse Situation der Gastarbeiter geschildert und werden Konsequenzen für eine bessere Einstellung diesen Menschen gegenüber und für ihre allmähliche Integration gezogen. red

„Arbeiter, vor allem un- und angelernte Arbeiter, sind überwiegend in untergeord-

neten Positionen beschäftigt, verrichten wenig geschätzte und niedrig entlohnte Arbeit. Sie werden am ehesten von wirtschaftlichen Krisen betroffen; bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit erfahren sie eher als andere Gesellschaftsschichten ihre äußere Existenzenge und Daseinsunsicherheit“¹.

Diese Beschreibung der „Arbeiter“ durch die Gemeinsame Synode trifft ganz besonders auf jene Gruppe innerhalb der Arbeitnehmerschaft zu, die unter dem Zwang wirtschaftlicher Notlage auf der Suche nach Arbeit ihr angestammtes Heimatland verlassen und sich auf ungewisse Dauer in die Fremde begeben, die große Gruppe der ausländischen Arbeiter. Zu Beginn des Jahres 1975 lebten über 7,5 Mio als ausländische Arbeiter in den verschiedenen Ländern von West-Europa und, wenn man ihre Familienangehörigen dazurechnet, sogar 13,5 Mio. Die Suche nach Arbeit mit allen Zielen und Wünschen, die hinter diesem Wort stehen, hat eine Völkerwanderung ausgelöst, die als ein typisches Kennzeichen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts angesehen werden muß. Eine Völkerwanderung, über deren Ausmaße und Auswirkungen in den Heimatländern und in den Aufnahmeländern anfangs keinerlei Vorstellung vorhanden war und bis heute nicht besteht. Das zahlenmäßige Phänomen, das mit seiner Größe die konkrete Vorstellungskraft übersteigt und daher kaum mehr Erfahrungswert vermittelt — was bleibt, ist der Respekt vor der statistischen Größe —, verdichtet sich erst in konkrete Erfahrung, wenn die Lebensschicksale einzelner Arbeitsemigranten und ihrer Familien verfolgt werden, wenn der Verlust an bisheriger menschlicher Gemeinschaft und ihrer künftigen Entwicklung in den Heimatgemeinden und die seelischen Leiden innerer und äußerer Heimatlosigkeit, verbunden mit radikalen Einbrüchen in die bisherige Wertorientierung in den Blick genommen werden, wenn offene oder versteckte, vermeintliche oder

tatsächliche Diskriminierung für ganze Familiengenerationen bis auf Kinder und Kindeskinde zur Lebensatmosphäre wird. Haben die sogenannten zivilisierten Gesellschaften West-Europas auf diese Situation eine Reaktion gezeigt, die der Menschenwürde, welche hinter jedem Einzelschicksal der statistischen Großzahl steht, gerecht wird? Wird die Gesellschaft, die sich unter dem Namen christlich dem Auftrag Christi verpflichtet weiß, in ihrem amtlichen Auftreten, in ihren Gemeinschaften und in ihren einzelnen Gliedern dieser herausfordernden Situation gerecht?

Im Aufnahmeland als Mitbewohner mit minderen Lebensrechten

Quer durch West-Europa, in allen Ländern, in denen ausländische Arbeiter beschäftigt werden, wird dieses Thema primär unter wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Sicht behandelt. Verbal zwar geleugnet, de facto aber bestätigt, bilden die ausländischen Arbeiter die industrielle Reservearmee mit Konjunkturpufferfunktion. In allen betroffenen Ländern genießen die einheimischen Arbeiter rechtlich einen Vorrang auf dem Arbeitsmarkt².

Das eingangs angeführte Zitat mit der Beschreibung der Situation der Arbeiterschaft muß für die ausländischen Arbeitnehmer durch den Aspekt ergänzt werden, daß den ausländischen Arbeitern, auch wenn sie schon lange im fremden Land ohne Beanstandungen leben und ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, nur beschränkte Aufenthalts- und Arbeitsrechte eingeräumt werden. Die ausländischen Arbeiter stehen damit in der Regel unter einem Gesetz, das ihnen eine selbständige langfristige Zukunftsplanung unmöglich macht, und das häufig auf ihre möglichen familiären Bindungen keine Rücksicht nimmt. Sie leben im Aufnahmeland als Mitbewohner mit existentiell spürbar ge-

² Für die Bundesrepublik Deutschland informieren über das Auf und Ab in der Ausländerpolitik und die dabei durchgehaltenen Trends hervorragend zusammenfassend H. Becher, Die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, in: Herder-Korrespondenz 28 (1974) 71–77 und N. Sommer, Erst Gast — jetzt vornehmlich Last?: ebd. 31 (1977) S. 395–400.

¹ Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Beschlüsse der Vollversammlung, Offizielle Gesamtausgabe I, Freiburg 1976, Nr. 2.1, S. 338.

minderten und eingeschränkten Lebensrechten. Die Kritik an den geltenden Ausländergesetzen formuliert sich allenthalben von seiten jener Institutionen, die auch in solcher Situation den Primat bei der Menschenwürde und den Grundrechten jedes einzelnen Menschen sehen, und die nicht national- und gruppenegoistischen Interessen den Vorrang einräumen. In diesem Sinne hat sich die Kirche in fast allen Staaten West-Europas, in denen ausländische Arbeiter die gesuchte Arbeit fanden, für die vollen Rechte dieser Mitbewohner im Land engagiert³. Die Gewerkschaften stehen in ihren Aussagen unter dem Druck der einheimischen Arbeiter. Eine echte Solidarisierung scheint hier nur in Zeiten der Hochkonjunktur zu gelingen. In Zeiten der Rezession zeigt die sonst übliche verbale Propagierung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse ihre Risse. Die Parteien als staatstragende Gruppierungen der Gesellschaft formulieren ihre nicht selten widersprüchlichen Absichten entsprechend den hinter den Parteien stehenden Gruppen, vor allem von Wirtschaft und Gewerkschaften. In der Regel herrscht Einigkeit beim Vorrang der einheimischen Arbeiterklasse. Differenzierter sind die Aussagen zur Assimilations- bzw. Reintegrationspolitik sowie zum Recht der Familienzusammenführung bei den Ausländern. Da Ausländer in der Regel kein aktives Wahlrecht im Aufnahmeland haben, besitzt die Ausländerproblematik nur einen geringen Stellenwert im Interesse der Parlamentarier. Die Angst vor der Wählermeinung verbunden mit dem Werben um die Stimme des Wählers führt im Zweifelsfall schnell zum Verzicht auf unpopuläre Reformen und zur Vermeidung programmatischer Festlegungen, die von der einheimischen Bevölkerung Verständnis und aus Solidarität gewisse Einschränkungen abverlangen könnten, auch wenn diese Solidarität und die Anerkennung der Leistung

³ So befaßten sich alle deutschsprachigen Synoden mit ausführlichen Aussagen zu dem Problemereich: Ausländische Arbeiter — Eine Frage an die Kirche und die Gesellschaft, vgl. R. Vökl, *Diakonie und Caritas in den Dokumenten der deutschsprachigen Synoden*, hrsg. vom Deutschen Caritasverband, Freiburg 1977, S. 98—101.

der Ausländer zum wirtschaftlichen Wohlstand heute üblicherweise zum Grundwortschatz aller politischen Reden gehören.

Unterschiedliche Einstellungen gegenüber Gastarbeitern

Die Haltung der einheimischen Gesellschaft im Aufnahmeland ist im allgemeinen nicht homogen. „Hilfsarbeiter leben in echter Konkurrenz zu Ausländern, andererseits haben sie durch Ausländerbeschäftigung gewisse Aufstiegschancen“⁴.

Angst vor Überfremdung, mangelnde Erfahrungen mit der Andersartigkeit der Ausländer, nicht selten geprägt von negativen Klischees, führen zu einer distanzierten Haltung. Man will nicht gestört werden, woraus sich ein Desinteresse an der Getto-Situation der Ausländer entwickelt. Das Verhalten der Gesellschaft in den Aufnahmeländern gegenüber den Arbeitsmigranten scheint erneut die soziologische Gesetzmäßigkeit, die sich wiederholt in der Geschichte abzeichnet, zu bestätigen, daß alle Gruppen, besonders aber nationale Gruppierungen, stets Schwierigkeiten haben, Fremde in ihrer Mitte aufzunehmen und ihnen chancengleichen Lebensraum einzuräumen. In diesem gesellschaftlichen Kontext spielt die öffentliche Meinung, besonders wie sie in den Massenmedien in Erscheinung tritt, die größte Rolle. Gerade in der Demokratie ist sie wegen ihrer möglichen Auswirkungen auf Wahlergebnisse ein entscheidendes Instrument. Boulevard-Blätter schüren oft die Fremdenangst, Rundfunk und Fernsehen wirken dagegen eher ausgleichend.

Beheimatung in der Kirche?

Die Synode der Bistümer Deutschlands hat in ihrem speziellen Beschluß „Die ausländischen Arbeitnehmer — Eine Frage an die Kirche und die Gesellschaft“⁵ den Auftrag für die Kirche Christi und ihre Glie-

⁴ H. Becher, *Eine Million Rückfahrkarten — ist das die Lösung?* Vortrag im Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung am 7. 11. 1976, veröffentlicht in: *Journal G*, Nr. 9/10, Mai 1977, S. 73.

⁵ Veröffentlicht in: *Gemeinsame Synode*, a.a.O. S. 375—410.

der in die gesellschaftspolitische Dimension der Heilsverkündigung gestellt. „Die Kirche hat den Auftrag, der Verwirklichung des Reiches Gottes zu dienen. So wirkt sie zugleich am Heil der Menschen. Dieser Auftrag kennt keine nationalen Grenzen. Sie nimmt sich vor allem der Fremden und Bedrängten an, macht sich die Leiden und Anliegen der Randgruppen und der Unterdrückten zu eigen und tritt als Anwalt und Verteidiger ihrer Rechte auf. — ... Der Mensch muß wirklich als Mensch und darf nicht als bloße Arbeitskraft behandelt werden. ...“⁶.

Kirchliche Appelle an die Gesellschaft

Die Aufgabe, der sich die Kirche hierzu verpflichtet sieht, geht in eine doppelte Richtung, einerseits an die Gesellschaft, innerhalb derer die Kirche lebt und wirken will, andererseits an die Kirche selbst, an ihre eigenen Institutionen, an alle ihre Gliederungen und ihre einzelnen Mitglieder. Innerkirchlich die Ziele von Gleichheit und Brüderlichkeit gegenüber Ausländern durchzusetzen durch Kooperation, Partnerschaft, Gerechtigkeit und Chancengleichheit stößt nicht selten auf ähnliche Widerstände wie bei anderen Großgruppen. Eigeninteresse und nationalistischer Patriotismus haben meist auch in kirchlichen Institutionen, kirchlichen Gemeinden und im Denken des Einzelnen eine prioritäre Stellung gegenüber der neuen Wirklichkeit und dem neuen Status durch die Taufe, über den schon Paulus an die Gemeinden Galatiens schreibt: „Da gilt nicht mehr Jude und Hellene, nicht Sklave und Freier, nicht Mann und Frau; denn alle seid ihr eins in Christus“ (Gal 3,28).

Es ist besonders bemerkenswert, daß die Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland in ihrem Beschluß wiederholt und eindeutig die gesellschaftspolitische Dimension des Problems der ausländischen Arbeiter hervorhebt und die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen mit konkreten Hinweisen auf die Notsituation und auf mögliche Lösungen in die Verantwortung ruft. Sie macht deut-

lich, daß angesichts einer solchen Entwicklung, die ihre Ursachen in strukturellen und gesellschaftspolitischen Ungleichheiten hat, caritative Maßnahmen, auf die nicht verzichtet werden kann, nicht mehr ausreichen, und das Entscheidende von Gesellschaft und Staat geleistet werden muß. Die Synode steckt den Horizont für eine menschenwürdige Ausländerpolitik auch klar ab, indem sie davon spricht, die gesellschaftlichen Strukturen seien so zu gestalten, „daß dem ausländischen Arbeitnehmer und seiner Familie ein Höchstmaß an Rechtssicherheit, ein größtmögliches Maß an eigener Entscheidungsfreiheit und Mitwirkung, volle Gleichheit der Chancen und sozialen Sicherung, kulturelle und religiös-kirchliche Eigenständigkeit gewährleistet und so ein Leben ermöglicht wird, das der Würde des Menschen entspricht“⁷. Mit ihren Interventionen und öffentlichen Stellungnahmen gegenüber Regierungen und Institutionen haben die Kirchen — jedenfalls für den Bereich der Bundesrepublik — entscheidend auch die Gestaltung der Ausländerpolitik, wenn oft schon nicht bis zu einer Verbesserung so doch im Sinne einer Mäßigung mitbestimmt. Durch diese Anwaltsfunktion wurden auch für die öffentliche Meinung die Probleme und möglichen Lösungen ins Bewußtsein gerückt.

Ausländerpastoral

An diesem Appell an Gesellschaft und Staat für eine menschenwürdige Ausländerpolitik muß sich die Kirche auch in ihrem eigenen Bereich messen lassen. Zweifellos wurden in allen Ländern große Bemühungen von seiten der Kirche für den Ausländerpastoraldienst und für die Sozialdienste für die Ausländer unternommen. So wurde beispielsweise vom Deutschen Caritasverband seit Beginn der Arbeitsmigration in die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1955 ein Sozialdienst für ausländische Mitbürger eingerichtet, der inzwischen ca. 360 Sozialberater in 300 Sozialberatungsstellen umfaßt. Die Finanzierung wird durch die Unterstützung seitens der Diözesen überwiegend von der Caritas

⁶ Ebd. Nr. B. I., S. 379—381.

⁷ Ebd. Nr. B. II, 2, S. 383.

selbst aufgebracht. Dieses beachtliche Engagement verdeutlicht sich an den Zahlen für die Jahre von 1964 bis einschließlich 1976: In dieser Zeit betrug die Gesamtaufwendungen 141,1 Mio DM, davon kamen nur 45,5 Mio DM aus öffentlichen Zuschüssen und 95,6 Mio DM aus kirchlich-caritativen Eigenleistungen.

Erwartungen und Fragen

In einigen Diözesen der Bundesrepublik haben die Ausländer durch amtliche Verordnungen einen eindeutigen Platz in der Ortskirche mit allen Rechten zur Mitwirkung und Kooperation durch gewählte Vertretung in den verschiedenen Räten auf den verschiedenen Ebenen von Gemeinde, Bezirk und Diözese erhalten. In der Bundesrepublik hat die Synode, auf der die Ausländer bei einem Katholikenanteil von 10% der Gesamtzahl der Katholiken in der Bundesrepublik unter 348 Synodalen noch durch nur 4 Vertreter unterrepräsentiert waren, eine positive Entwicklung eingeleitet. Das institutionelle Einfügen der Ausländer und ihrer Vertreter in die Ortskirche ist ein notwendiger und bedeutsamer Schritt, um die Gleichheit der Gläubigen auch bewußtwerden zu lassen. Eine spontane, brüderliche Aufnahme der Ausländer in die christlichen Gemeinden ist weitgehend leider bisher ausgeblieben. Auch im Ausbildungscurriculum der Theologen zum priesterlichen Dienst ist bisher eine spezielle Einführung in die Ausländerpastoral als unerledigt zu verzeichnen. Ein noch weites offenes Feld brüderlicher Aufnahme liegt bei den katholischen Vereinen und Verbänden, hier ganz besonders bei den Jugendverbänden. Vielfach beginnen sich begrüßenswerterweise die Ausländer selbst in Vereinen zu organisieren. Sie benötigen dabei Beratung und Organisationshilfen, aber auch die Erfahrung der bewußten Annahme. Es dürfte sich bald herausstellen, daß sie beispielsweise als nationale Sektionen bei den einheimischen Verbänden und Vereinen einen Prozeß der gegenseitigen Bereicherung auslösen könnten. Schließlich bleibt die Frage, ob es nicht eine brüderliche Geste wäre, wenigstens

den großen katholischen Nationalitäten je einen Weihbischof zu geben, wie es für größere nationale Minderheiten im Ausland bisher selbstverständlich war. Auch die Bischofskonferenz und die überdiözesanen Entscheidungsgremien wirken maßgeblich als Integrationsebenen. Auch bleibt die Frage offen, inwieweit die ausländischen Arbeiter bei ihrem hohen Katholikenanteil in obersten katholischen Laiengremien wie z. B. im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken repräsentativ vertreten sind.

Das Bemühen um Lösung dieser offenen Fragen signalisiert den ausländischen Arbeitern, daß sie in der Ortskirche nicht nur verbal, sondern auch de facto als Brüder anerkannt und angenommen sind. Nur aus diesem Bewußtsein erwächst ihnen in ihrer bedrängten Situation die Kraft, auch als Fremde zum vielgestaltigen Reichtum der Kirche beizutragen und ihn aufleuchten zu lassen.

Sigmund Kripp

Die Kirche der anderen

Von der Lebens- und Kirchnerfahrung junger Arbeiter

Im Jugendzentrum Fellbach bei Stuttgart treffen sich auch verschiedene Gruppen junger Arbeiter. P. Kripp beschreibt im folgenden Situationsbericht, was diesen jungen Menschen wichtig ist, wie solidarisch und wie unsozial sie sein können — und wie fern ihnen die Kirche ist. red

Wie von selbst erklärt sich aus der Lebenssituation junger Arbeiter ihre Einstellung zu den Kirchen, deren Leiter sich in ganz anderen Lebensumständen befinden. An Hand von ein paar Beispielen möchte ich aus der Lebenssituation junger Arbeiter berichten, bruchstückhaft und oft undifferenziert. Mein Anliegen ist es, Tendenzen aufzuzeigen und Zusammenhänge sichtbar zu machen.